

## FREIBERUFLER-TICKER vom 2. Juli 2021

### 1. BFB-Kampagne: „10 gute Gründe für eine Ausbildung bei den Freien Berufen“

In zehn Bildmotiven wird die Wortkombination „AusBildung wird“ mit Schlagworten angereichert, die insbesondere den Wert einer Ausbildung bei den Freien Berufen beschreiben: So wird „AusBildung“: (1) 127.000 mal Chance, (2) Zukunft, (3) Lebensqualität, (4) Bedeutung, (5) Vielfalt, (6) Kreativität, (7) Herzwerk, (8) Wertschätzung, (9) Stärke und (10) Sicherheit. Sie sind Teil der BFB-Kampagne, mit der Interesse für eine Ausbildung bei den Freien Berufen geweckt wird und die Freien Berufe als Ausbilder noch sichtbarer gemacht werden. Alle Motive können [hier](#) heruntergeladen werden.

### 2. Mehr Mut zum Mittelstand

Dies fordern die Verbände der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand, darunter auch der BFB, in ihrem [Jahresmittelstandsbericht 2021](#), den sie Ende vergangener Woche veröffentlichten. Darin heißt es: Die Corona-Krise habe tiefe Spuren hinterlassen. Um den Aufhol- und Wiederaufbauprozess in Gang zu setzen, brauche es jetzt eine Politik, die kleine und mittlere Betriebe mit ihren qualifizierten Beschäftigten als Wohlstandsmotor und Wettbewerbsvorteil begreift. Eine wirtschaftliche Erholung werde es nur mit einem starken Mittelstand geben. Unter dem Titel „Die richtigen Lehren aus der Pandemie ziehen“ analysieren die Verbände die Lage des Mittelstands in Deutschland, benennen Handlungsfelder und legen ihren konkreten Forderungskatalog an die kommende Bundesregierung vor.

### 3. OECD-Studie „SME und Entrepreneurship Outlook 2021“ erschienen

Wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem [„SME und Entrepreneurship Outlook 2021“](#) vom 28. Juni 2021 schreibt, strapazierte die Corona-Krise kleine und mittlere Unternehmen (KMU) weltweit stark. Dank staatlicher Unterstützungspakete meisterten sie die Krise aber weitgehend. Es gibt bereits positive Signale der Erholung – beispielsweise liegt die Unternehmensgründungsrate in Australien und Frankreich inzwischen 20 Prozent über dem Vorkrisenniveau. Auch erhöhte sich die Resilienz vieler KMU: Mehr als die Hälfte der KMU in den OECD-Ländern nutzten während der Pandemie verstärkt digitale Anwendungen, sodass sie ihren digitalen Rückstand gegenüber größeren Unternehmen verringern konnten. Des Weiteren wird in der OECD-Studie speziell über Deutschland ausgeführt, dass sich die Zahl der Unternehmensgründungen in der zweiten Hälfte 2020 erholte, aber unter dem Niveau von 2019 lag. Überdies blieb die Zahl der Unternehmensinsolvenzen auf einem niedrigeren Niveau als im Vorjahr. Zudem stellen die Autoren fest, dass sich durch die Krise neue Chancen für KMU sowie Unternehmer, insbesondere durch veränderte Wertschöpfungsketten oder die grüne Transformation eröffneten. Darüber hinaus benennt die OECD-Studie auch einige Herausforderungen für die KMUs im Zuge der Erholung von der Corona-Krise: Viele Unternehmenshilfen wurden in Form von Krediten gewährt und bei einer zu schnellen Zurückforderung könnte eine Welle von Insolvenzen ausgelöst werden. Außerdem verschärfte die Krise Ungleichheiten: Kleinere und neuere Firmen, Selbstständige sowie Frauen und Angehörige von Minderheiten profitierten seltener von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen.

### 4. Nachfolgemonitor 2021 erschienen

Ende vergangener Woche wurde der [„Nachfolgemonitor 2021“](#) vorgestellt, der gemeinsam vom Verband Deutscher Bürgschaftsbanken, Creditreform Rating und dem KompetenzCentrum für

Entrepreneurship & Mittelstand der FOM Hochschule erstellt wird. Die Studie zeigt, dass 2020 bereits mehr als jeder sechste Unternehmer älter als 65 Jahre war und für rund 500.000 Unternehmen ein Nachfolger gesucht wird. Vor dem Hintergrund der vermutlich relativ geringen Anzahl potenzieller Übernehmender scheinen sich die Unternehmen zunehmend früher mit der Unternehmensnachfolge auseinander- und die Übergabe umzusetzen. Inzwischen sind über 60 Prozent der erfolgreich Übergebenden unter 65 Jahre alt, während der Anteil der Übergebenden ab 65 kontinuierlich zurückgeht. Zudem setzten sich trotz Corona 2020 die meisten Trends der vergangenen Jahre bei Übernahmen fest. Bei den Wirtschaftszweigen, in denen Frauen als Übernehmerinnen aktiv sind, gab es leichte Veränderungen. Hier stieg der Anteil an Unternehmen im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen von zehn auf 15 Prozent. Bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sank der Anteil von 9,8 auf 6,5 Prozent. Überdies ergaben sich 2020 in einigen Wirtschaftszweigen im Drei-Jahres-Durchschnitt große Veränderungen. So übergaben Unternehmer aus den Bereichen Verkehr und Lagerei, Grundstücks- und Wohnungswesen und der Erbringung von freiberuflichen wirtschaftlichen Dienstleistungen früher an einen Nachfolger als bisher.

## 5. BIBB-Themenwoche zu den neuen Standardberufsbildpositionen

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) vom Ende vergangener Woche startete am 28. Juni 2021 die Themenwoche zu den modernisierten Standardberufsbildpositionen. Diese beschreiben neue berufsübergreifend geltende Ausbildungsinhalte zu den vier Bereichen „Organisation des Ausbildungsbetriebs, Berufsbildung, Arbeits- und Tarifrecht“, „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit“, „Umweltschutz und Nachhaltigkeit“ sowie „Digitalisierte Arbeitswelt“. Die identisch formulierten Inhalte sind ab dem 1. August 2021 in allen modernisierten oder neu entwickelten dualen Ausbildungsberufen verbindlich zu verwenden. Für alle bestehenden Ausbildungsberufe haben sie Empfehlungscharakter. Auf einer speziell eingerichteten [Seite](#) des BIBB finden Interessierte während der Themenwoche ein vielfältiges Informationsangebot unterschiedlicher Akteure der beruflichen Bildung. Überdies entwickelte das BIBB zur Unterstützung der Ausbildungspraxis eine Umsetzungshilfe für Ausbilder, die in der Reihe „Ausbildung gestalten“ erschienen ist. Neben Hintergrundinformationen zur Modernisierung finden sich dort auch erläuternde Hinweise zu den neuen Ausbildungsinhalten.

## 6. Weiterbildungsberatung durch die Bundesagentur

Die Bundesregierung rechtfertigte in seiner Antwort ([19/30843](#)) auf eine Kleine Anfrage das Qualifizierungschancengesetz und die damit eingeführte verpflichtende Weiterbildungsberatung der Bundesagentur für Arbeit (BA). Überdies waren bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes spezialisierte Beratungsansätze (Wiedereinstiegsberatung, Weiterbildungsberatung, Lebensbegleitende Berufsberatung, Beschäftigtenberatung) in einigen Agenturen für Arbeit erprobt worden. Seit Anfang 2021 steht mit der „Berufsberatung im Erwerbsleben“ ein erweitertes Beratungsangebot der BA zur Verfügung. Mit dem neuen Dienstleistungsangebot „Berufsberatung im Erwerbsleben“ sollen besonders diejenigen adressiert werden, die aus arbeitsmarktpolitischer Sicht den größten Bedarf an beruflicher Orientierung und Beratung haben, beispielsweise Erwerbstätige mit niedriger Qualifikation, Erwerbstätige vor einer beruflichen Neu- beziehungsweise Umorientierung oder vor einem beruflichen Wiedereinstieg. Zudem stellt die „Berufsberatung im Erwerbsleben“ ein weiterentwickeltes Angebot für die berufliche Orientierung und Beratung von Menschen im Erwerbsleben dar und trage so auch zur Umsetzung des gesetzlichen Auftrags aus dem Qualifizierungschancengesetz bei, allen Arbeitnehmern Zugang zur beruflichen Weiterbildungsförderung zu ermöglichen. Darüber informierte der Deutsche Bundestag am 28. Juni 2021.

## 7. Vier von zehn jungen Erwachsenen in der EU haben einen tertiären Abschluss

2020 erwarben 40,5 Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union (EU) im Alter von 25 bis 34 Jahren einen tertiären Abschluss, bei den Frauen betrug der Anteil 46 Prozent, bei den Männern 35 Prozent. Die EU-Mitgliedstaaten setzen sich selbst zum Ziel, diesen Anteil bis 2030 auf 45 Prozent zu erhöhen. Elf Mitgliedstaaten haben das Ziel für diesen Indikator bereits erreicht: Belgien, Dänemark, Irland, Spanien, Frankreich, Zypern, Litauen, Luxemburg, die Niederlande, Slowenien und Schweden. In fünf dieser Länder hatte 2020 mehr als die Hälfte der 25- bis 34-Jährigen ein tertiäres Bildungsniveau: in Luxemburg 60,6 Prozent, in Irland 58,4 Prozent, in Zypern 57,8 Prozent, in Litauen 56,2 Prozent und in den Niederlanden 52,3 Prozent. Die niedrigsten Anteile wurden dagegen in Rumänien (24,9 Prozent), Italien (28,9 Prozent), Ungarn (30,7 Prozent), Bulgarien und Tschechien (jeweils 33 Prozent) verzeichnet. Der Wert für Deutschland liegt bei 35,1 Prozent. Das [teilte](#) das statistische Amt der EU am 25. Juni 2021 mit.

## 8. Weniger Schulabbrecher in der EU

Der Anteil der Schulabbrecher ging in der Europäischen Union (EU) in den letzten zehn Jahren stetig zurück – von 13,8 Prozent in 2010 auf 9,9 Prozent in 2020. Im vergangenen Jahr verließen mehr junge Männer (11,8 Prozent) als Frauen (acht Prozent) die allgemeine und berufliche Bildung vorzeitig. Im Vergleich zu 2019 blieb der Anteil der männlichen Schulabbrecher gleich, während der Anteil der Frauen leicht um 0,4 Prozentpunkte zurückging. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich zum Ziel gesetzt, die Quote der Schulabbrecher bis 2030 auf unter neun Prozent zu senken. Die niedrigsten Anteile meldeten Kroatien (2,2 Prozent), Griechenland (3,8 Prozent) und Slowenien (4,1 Prozent). Die höchsten Anteile wurden in Malta (16,7 Prozent), Spanien (16 Prozent) und Rumänien (15,6 Prozent) verzeichnet. Der Wert für Deutschland beträgt 10,1 Prozent. Darüber [informierte](#) das statistische Amt der EU am 25. Juni 2021.

## 9. Investitionszuschussprogramms „Digital Jetzt“ wird aufgestockt

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) stockt sein Investitionszuschussprogramm „[Digital Jetzt](#)“ deutlich auf: Im laufenden Jahr verdoppelt sich das Budget von 57 Millionen Euro auf 114 Millionen Euro. Um künftig noch mehr kleine und mittelständische Unternehmen bei der Digitalisierung zu unterstützen, werden die Fördermittel für „Digital Jetzt“ auf knapp 250 Millionen Euro bis 2024 ausgeweitet. Noch in diesem Jahr können so deutlich mehr Unternehmen von einer Förderung profitieren, um in digitale Technologien und digitale Kompetenzen ihrer Beschäftigten zu investieren, so das BMWi in einer [Mitteilung](#) vom Ende vergangener Woche.

## 10. Finanzierung von Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben

Ab 1. Juli 2021 verbessern das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die Kreditkonditionen bei der Finanzierung von Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben deutlich. So können Unternehmen ihr Vorhaben durch den [ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit](#) zu Zinsen ab 0,01 Prozent finanzieren. Insbesondere in den derzeit stark nachgefragten Laufzeiten von zehn Jahren wird es damit laut einer flankierenden Mitteilung vom 30. Juni 2021 zu deutlich günstigeren Kreditkosten kommen.

## 11. Bundesförderung für Glasfaserausbau auch in „grauen Flecken“

2021 sind laut Bundesregierung bereits rund vier Milliarden Euro an Bundesmitteln für die Förderung der Erschließung von „weißen und grauen Flecken“ sowie für Beratungs- und Planungsleistungen für den Breitbandausbau gebunden. Aktuell seien rund 2.230 Breitbandausbauprojekte in der Förderung, was etwa 2,6 Millionen Anschlüsse für Haushalte,

Unternehmen, Gewerbegebiete, Schulen und Krankenhäuser umfasse, heißt es in der Vorbemerkung zur Antwort der Bundesregierung ([19/30113](#)) auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag am 29. Juni 2021 berichtete. Rund 11.000 Schulen und mindestens 720 Gewerbegebiete profitierten vom geförderten Glasfaserausbau, schreibt die Regierung. Durch das Bundesförderprogramm zum Breitbandausbau würden solche Regionen unterstützt, in denen ein privatwirtschaftlicher Ausbau bedingt durch erhebliche Erschwernisse besonders unwirtschaftlich ist. Dies träfe insbesondere auf den ländlichen Raum zu. Die Graue-Flecken-Förderung sei am 26. April 2021 gestartet worden, heißt es weiter. Die Förderung sei von Gebieten mit weniger als 30 MBit/s („weiße Flecken“) auf „grauen Flecken“ (Gebiete mit einer Versorgung von unter 100 MBit/s) deutlich ausgeweitet worden. Kommunen oder Landkreise könnten ab sofort eine Bundesförderung für den geförderten Glasfaserausbau auch in sogenannten „grauen Flecken“ beantragen.

## **12. Unternehmensverantwortung für das digitale Zeitalter**

Mit der Corporate Digital Responsibility-Initiative (CDR-Initiative) rief das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) 2018 ein konzertiertes Engagement ins Leben, bei dem Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam Prinzipien und Verpflichtungen für eine menschenzentrierte digitale Transformation entwickeln. Die CDR-Initiative erarbeitete nun den ersten gemeinsamen [Kodex](#), der Handlungsfelder und Leitlinien digitaler Unternehmensverantwortung bei den beteiligten Unternehmen festlegt. Aktuell sind folgende fünf Unternehmen Mitglied der CDR-Initiative: Deutsche Telekom, ING Deutschland, Otto Group, Telefónica Deutschland und Zalando. Der Kodex wurde laut einer Mitteilung vom 28. Juni 2021 kürzlich vom BMJV und von den Mitgliedern der CDR-Initiative offiziell verabschiedet. Der Kodex besteht aus fünf Handlungsfeldern, die konkrete Maßnahmen und Ziele festlegen: (1) Umgang mit Daten, (2) Bildung, (3) Klima- und Ressourcenschutz, (4) Mitarbeitenden-Einbindung und (5) Inklusion.

## **13. GRW-Fördergebiet für den Zeitraum 2022-2027 neu festgelegt**

Bund und Länder beschlossen laut einer [Mitteilung](#) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) vom 28. Juni 2021 einstimmig eine neue Gebietskarte für die Förderung strukturschwacher Regionen in Deutschland für den Zeitraum 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2027. Damit schafften sie die Grundlage für die Regionalförderung im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe [„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“](#) (GRW). Die GRW-Fördergebietskarte dient auch als räumliche Orientierung für zahlreiche Programme des „Gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen“. Die neue [GRW-Fördergebietskarte](#) steht noch unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Europäische Kommission.

## **14. Migration 2020: Starker Rückgang der registrierten Zu- und Fortzüge**

2020 zogen rund 220.000 Personen mehr nach Deutschland zu als aus Deutschland fortzogen. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem es noch rund 327.000 mehr Zu- als Fortzüge gab, fiel der Wanderungsüberschuss 2020 damit deutlich geringer aus. Wie das Statistische Bundesamt am 29. Juni 2021 [mitteilte](#), ging die Nettozuwanderung damit im fünften Jahr in Folge zurück.